

# Wir werden Euch im Kriegsfall nicht helfen können!

## Risiken & Nebenwirkungen der Militarisierung des Gesundheitswesens

Im Geiste der „Zeitenwende“ soll unser Gesundheitswesen auf kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet werden. Widerstandsfähigkeit gegen Krisen bedeutet nun Kriegsplanung. Deutschland soll Aufmarsch- und Durchzugsgebiet von NATO-Soldat\*innen werden. Als Ärzt\*innen und Beschäftigte im Gesundheitswesen wissen wir, dass Krieg immer Not und Elend, Krankheit, Verletzung und Tod bedeutet. Unsere Aufgabe ist die Versorgung unserer Patient\*innen, nicht die Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens.

Ärztinnen und Ärzte der IPPNW warnen:

### Die Militarisierung...



#### 1. gefährdet den Frieden

Die Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“ der Gesellschaft und der Medizin unterstellt, Deutschland und Europa hätten nur die Option, sich mit militärischen Mitteln gegen einen Angriff von außen zu verteidigen. Ein Krieg in Europa wird wieder als führbar dargestellt. Das Gesundheitswesen soll dabei die Aufgabe haben, die Moral und die Kampffähigkeit der „Truppe“ zu gewährleisten. Friedensanstrengungen wie Diplomatie und Deeskalation geraten immer mehr in den Hintergrund.

#### 2. richtet die Medizin auf militärische Ziele aus



Im Bündnis- oder Verteidigungsfall wird der zivile medizinische Bereich dem Militär untergeordnet. Im Kriegsfall treten automatisch Notstandsgesetze in Kraft, die weitreichende Grundrechtseinschränkungen wie Dienstverpflichtungen im Gesundheitswesen und anderen Bereichen möglich machen.

#### 3. kehrt das Prinzip der Triage im Kriegsfall um

Während unsere Aufgabe die gesundheitliche Versorgung aller Menschen ist, sollen im Falle eines Krieges verletzte Soldat\*innen vorrangig behandelt werden, um sie rasch wieder zum Einsatz bringen zu können. Hierzu sollen die Prinzipien der Triage – nämlich der optimale Einsatz begrenzter Mittel in einem Katastrophenfall – umgekehrt werden.



#### 4. reduziert die knappen Mittel noch weiter

Im Krieg wären täglich bis zu 1.000 verletzte Soldat\*innen zu versorgen, die fünf Bundeswehrkrankenhäuser wären nach wenigen Tagen am Ende ihrer Versorgungskapazitäten. Die zivilen Gesundheitseinrichtungen müssten einen Großteil ihrer personellen, räumlichen und materiellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Die Versorgung von Zivilist\*innen wäre nachrangig und würde sich deutlich verschlechtern.



#### 5. bringt Gesundheitseinrichtungen unter Beschuss

Die zivil-militärische Zusammenarbeit gefährdet das Gesundheitspersonal. Unter Missachtung des Völkerrechts werden Gesundheitseinrichtungen und deren Mitarbeitende in bewaffneten Konflikten und Kriegen immer häufiger Zielscheibe militärischer Angriffe.



#### 6. erzeugt die Illusion, medizinische Hilfe im Atomkrieg sei möglich

Kriege unter Beteiligung von Atommächten beinhalten immer die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Es gibt keine sinnvolle medizinische Vorbereitung auf einen Atomkrieg, obwohl uns Katastrophenübungen dies glauben machen sollen. Prävention bedeutet für uns Beschäftigte im Gesundheitswesen, dass wir verhindern müssen, was wir nicht heilen können!



# Risiken und Nebenwirkungen der Militarisierung

## Die Militarisierung des Gesundheitswesens...

### 1. gefährdet den Frieden

Krieg bedeutet immer Verletzungen, Leid und Tod. Er bringt Hunger, Elend, Not und Zerstörung. Wir Menschen aus dem Gesundheitswesen wollen uns nicht an der Illusion beteiligen, dass ein Krieg beherrschbar oder gar gewinnbar sein kann. Die einzige Möglichkeit, Leid und Tod durch Kriege zu verhindern, ist die Sicherung von Frieden. Das Gesundheitswesen darf nicht der Logik und der Befehlsgewalt der Bundeswehr unterworfen werden.

### 2. richtet die Medizin auf militärische Ziele aus

Die Notstandsgesetze enthalten mit den dann geltenden „Sicherstellungsgesetzen“ weitgehende Grundrechtseinschränkungen. Sie treten in Kraft, wenn der Verteidigungsfall nach Artikel 115a GG oder der Spannungsfall nach Artikel 80a GG ausgerufen wird. Mit dem Inkrafttreten der Notstandsgesetze gilt z.B. das Arbeitssicherstellungsgesetz, das nach Artikel 12a GG eine Dienstverpflichtung von Personal vor allem im medizinischen Bereich ermöglicht. Die zivile Medizin wird dabei den Weisungen des Militärs und der Verwaltungsbehörden unterstellt. Obwohl sich die ärztliche Ethik in Zeiten bewaffneter Konflikte nicht von der ärztlichen Ethik im Frieden unterscheidet, folgt das Militär eigenen Regeln: Das Militärische hat Vorrang. Das Gesundheitswesen ist hingegen individuellen Patient\*innen verpflichtet. Ärzt\*innen sind als Freiberufler in ihrer ärztlichen Entscheidung unabhängig und müssen hier keine Weisungen von Nichtärzt\*innen, wie z.B. Militärs, entgegennehmen.

### 3. kehrt das Prinzip der Triage im Kriegsfall um

Der Begriff „Triage“, oder auch Sichtung, kommt ursprünglich aus der Militärmedizin, wird aber heute hauptsächlich in der Notfallmedizin verwendet. Triage bezeichnet die Priorisierung knapper medizinischer Ressourcen, und ist bei Katastrophen (Unfällen, Naturkatastrophen) unumgänglich. Hierbei werden die akut und schwer Verletzten sofort und vorrangig behandelt, um insgesamt möglichst vielen Menschen Hilfe zukommen zu lassen. In Kriegszeiten bekommt die Triage eine völlig andere Bedeutung. Triage im Krieg orientiert sich an der Aufrechterhaltung der Kriegsfähigkeit. Bei der sogenannten „reversen Triage“ werden zum Beispiel leicht verletzte Soldat\*innen bevorzugt behandelt, weil sie rasch wieder einsatzfähig werden können.

### 4. reduziert die knappen Mittel des Gesundheitswesens noch weiter

Deutschland wäre im Bündnisfall sowohl Aufmarschgebiet für NATO-Truppen als auch Drehscheibe für verletzte Soldat\*innen und Zivilist\*innen. Die erwartete Zahl von Patient\*innen, die von unserem Gesundheitswesen versorgt werden müsste,

übersteigt alles, was wir aus Katastrophen- und Pandemiezeiten kennen. Die Bundeswehr rechnet mit bis zu 1.000 verletzten NATO-Soldat\*innen täglich, über Jahre hinweg. Zudem wird eine massive Flüchtlingswelle von verletzten Zivilist\*innen erwartet. Dem stehen bundesweit fünf Bundeswehrkrankenäuser mit insgesamt 1.800 Betten gegenüber – eine Kapazität, die in zwei Tagen erschöpft wäre. Das zivile Gesundheitssystem müsste einen erheblichen Teil seiner räumlichen und personellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Sowohl Einrichtungen der stationären Krankenhausversorgung als auch ambulante Einrichtungen wie Praxen wären in die Versorgung von Militärs und Verwundeten maximal eingebunden. Die Versorgung von Geflüchteten aus Kriegsgebieten und der Zivilbevölkerung wäre nachrangig. Über die akute medizinische Versorgung hinaus werden langfristige körperliche und psychische Traumafolgen zu behandeln sein. Unser Gesundheitswesen wäre sowohl im Krieg als auch danach überfordert.

### 5. bringt Gesundheitseinrichtungen unter Beschuss

Die Genfer Konventionen, Kern des humanitären Völkerrechtes, schützen alle Zivilpersonen, die nicht den bewaffneten Streitkräften angehören und nicht an militärischen Handlungen teilnehmen. Dieser Schutz gilt insbesondere für Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen, die dort behandelten Patient\*innen und das medizinische Personal. Wichtige Voraussetzung ist die Neutralität medizinischen Personals in militärischen Konflikten. Eine enge zivilmilitärische Verzahnung kann diese Neutralität und ihren besonderen Schutz gefährden. In den gegenwärtigen militärischen Konflikten zeigt sich, dass Gesundheitseinrichtungen und Gesundheitsarbeitende systematisch angegriffen werden.

### 6. erzeugt die Illusion, medizinische Hilfe im Atomkrieg sei möglich

Atomwaffen unterscheiden sich von allen anderen Waffen durch das Ausmaß der unmittelbaren Zerstörung und durch ihre katastrophalen humanitären Folgen. Dies zeigen die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki mit über 200.000 Toten und über 60.000 Verbrennungsoptionen. Heutige Wasserstoffbomben haben eine viel höhere Zerstörungskraft. Die Folgen eines Atomkrieges sind medizinisch nicht zu bewältigen. Kein Gesundheitssystem der Welt hat die Möglichkeit, eine so große Zahl von Verbrennungspatient\*innen und anderen Opfern zu behandeln. Während auf der einen Seite bei Zivilschutzmaßnahmen atomare Gefahren und der Atomkrieg meist nicht benannt werden, täuschen auf der anderen Seite Katastrophenübungen eine Sicherheit vor, die es nicht gibt. Vorbereitungsmaßnahmen schaffen die Illusion der Beherrschbarkeit eines Atomkrieges und fördern indirekt die Bereitschaft, sich auf etwas einzustellen, was auf jeden Fall verhindert werden muss. Ein Atomkrieg kann niemals gewonnen werden und darf niemals geführt werden!

